



Interviews

Datum: 25. Juni 2024

Interview mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Antisemitismusbeauftragte in Nordrhein-Westfalen im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Die Zahlen wachsen und steigen. Die Rede ist von Antisemitismus in Deutschland. Einen Monat ist es her, da stellte Bundesinnenministerin Nancy Faeser von der SPD zusammen mit dem Bundeskriminalamt dies vor. Demnach hat sich die Zahl der antisemitischen Straftaten im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt. Demnach registrierten die Behörden 5164 antisemitische Straftaten. Das sind 95,5 Prozent mehr als noch 2022. In über 3000 Fällen wird von einem rechten Hintergrund ausgegangen.

Heute präsentiert der Bundesverband RIAS seinen Jahresbericht „antisemitische Vorfälle in Deutschland“. Auch da wird, nicht zuletzt befördert, auch ausgelöst durch den Krieg im Nahen Osten, auch mit steigenden Zahlen gerechnet. Wir kennen alle Bilder von besetzten Hochschulen, von Auseinandersetzungen auf der Straße, von jüdischem Leben in Angst. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist die des Rechtsextremismus. Mehr als 100 Vereine und Stiftungen, die ihr Engagement gegen Rechtsextremismus akut gefährdet sehen, haben sich nun hilfesuchend an Bundeskanzler Olaf Scholz gewandt, einen Brief geschrieben. „Wir werden in unserem Engagement durch das Gemeinnützigkeitsrecht behindert“, heißt es da. „Es gefährdet unsere Arbeit.“ – Der Grund: Durch politisches Engagement, durch Aufrufe zu Demonstrationen für die Demokratie sieht sich die AfD unter anderem tangiert, zeigt diese Institutionen an, und denen droht der Verlust der Gemeinnützigkeit.

Wie schwierig ist es, Haltung, Meinung und auch politisches Engagement in Paragraphen zu gießen? – Am Telefon ist nun Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Sie war zweimal Bundesjustizministerin. Aktuell bekleidet sie unter anderem das Amt der Antisemitismus-Beauftragten in Nordrhein-Westfalen. – Guten Morgen!

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: Guten Morgen!

Küpper: Frau Leutheusser-Schnarrenberger, heute wird auch noch – das habe ich gerade nicht genannt – der Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes vorgestellt. Rassismus äußert sich offener, direkter und härter, heißt es da im Vorfeld. Nehmen die Fliehkräfte in unserer Gesellschaft zu?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ja. Ich denke schon, dass wir das einmal an diesen Zahlen sehen, die sich ja zu allererst um strafrechtliches Verhalten drehen, was Sie bei 5164 Taten genannt haben. Aber heute, wenn RIAS seinen Bericht vorstellt, dann geht es ja generell um Verhaltensweisen, die nicht mit dem Strafrecht erfasst werden, die eine antisemitische, extremistische, rassistische Haltung offenbaren, und nicht alles ist strafbar, aber dennoch etwas, womit wir uns auseinandersetzen müssen und wo wir gegenhalten müssen.

Küpper: Das ist der Befund. Woran liegt das?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es liegt, glaube ich, an schon mehreren Faktoren. Das ist nie monokausal. Wir haben viele komplexe Herausforderungen. Wir haben Kriegssituationen, wir haben für viele Familien nach der Pandemie Schwierigkeiten während der Pandemie gehabt, es kommt viel zusammen. Und wir haben vor allen Dingen auch eine Treibkraft dessen, was unsere Gesellschaft ...

Küpper: Da scheint es, Probleme in der Leitung zu geben. Wir versuchen, die Leitung noch einmal neu aufzubauen, und bitten, die Unannehmlichkeiten zu entschuldigen.

Wir waren gerade bei den Gründen für diese Fliehkräfte in unserer Gesellschaft.

Leutheusser-Schnarrenberger: Viele Herausforderungen: Wir haben Kriegssituationen, wir hatten Pandemie, wir hatten Situationen, die auch zu Existenzängsten führen, auch bis heute, und wir haben auch einen parlamentarischen Arm einer Kraft, die im rechtsextremistischen Bereich wirkt, und zwar mit dem Ziel, unser Demokratiesystem zu schwächen, vielleicht auch zu unterwandern. Die AfD ist in Teilen rechtsextremistisch gesichert eingestuft worden und genau sie fördert ja mit ihren Haltungen, Remigration, Ausgrenzung, Minderheiten, die nicht dazugehören, gerade auch Unsicherheiten und das führt dazu, dass auch in unserer Gesellschaft einiges auseinanderdriftet. Deshalb ist so wichtig die aktive Diskussion und Befassung damit, und das machen ja Gott sei Dank auch ganz, ganz viele Organisationen.

Küpper: Muss sich das Recht dem auch anpassen? Nehmen wir ein aktuelles Beispiel. Aktuell gibt es – ich habe das eingangs gesagt – einen Brief von mehr als 100 Vereinen und Stiftungen, die ihr Engagement gegen Rechtsextremismus akut gefährdet sehen, weil sie angezeigt werden, weil sie für Demonstrationen für Demokratie aufgerufen haben. Die AfD wertet das als Demonstration gegen sich. Nun ist die Gemeinnützigkeit dieser Vereine wohl gefährdet. Wie muss man damit umgehen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Es gibt schon lange die Forderung, das Gemeinnützigkeitsrecht zu konkretisieren. Das steht auch sehr ausführlich, sehr gut im Koalitionsvertrag. Ich glaube, es wäre sehr, sehr gut, wenn wir da auch einige klarstellende Regelungen hätten, denn durch eine Entscheidung eines Gerichtes ist es unsicher geworden, wie weit eine politische Aktivität die Gemeinnützigkeit gefährden kann. Das wäre gut, das ist die Zielrichtung dieses Briefes, wenn das zumindest klargestellt würde.

Küpper: Aber wie macht man das? Da geht es ja durchaus nach politischer Weltanschauung, manch einer sagt auch parteipolitischer. Das war ja auch eine Diskussion im Zuge dieser Demonstrationen für die Demokratie.

Leutheusser-Schnarrenberger: Eine einseitige parteipolitische Aktivität ist mit Sicherheit nicht gemeinnützig. Wir haben dazu das Parteiengesetz mit allen Parteienfinanzierungsregelungen, die auch während dieser Legislaturperiode geändert wurden. Nur eine Aufrufung zu Demonstrationen, das ist noch nichts, was die Gemeinnützigkeit rechtfertigt.

Wir haben ja sehr viele Organisationen, die sich gerade den Zielen, wie heißt es so schön in der Abgabenordnung, geistig-sittlichem Gebiet der Auseinandersetzung widmen, und das ist ein bisschen veraltet in der Formulierung. Das konkreter zu fassen – und da liegt der Teufel im Detail -, das ist die Zielrichtung dieser vielen Akteurinnen und Akteure. Ich fände es gut, man kann nicht alle Ziele aufschlüsseln im Einzelnen, aber Bildung ist unstrittig ein Ziel, was der Gemeinnützigkeit unterliegt.

Küpper: Schauen wir auch noch auf einen anderen Komplex: Antisemitismus. Es gibt eine hitzige Diskussion rund um Bettina Stark-Watzinger, die Bundesforschungsministerin. Da geht es um Fördergelder. Sie erwägt nun – so hat sie es der FAZ gesagt – eine Antisemitismus-Klausel einzuführen bei wissenschaftlichen Förderanträgen. Halten Sie das für richtig?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ja, das ist wirklich ein sehr, sehr komplexes Thema, und das ist nicht ganz neu. Wir erinnern uns, nach der documenta ist das Thema hochgekommen. Ich glaube, zu allererst sollten wir uns wirklich auch mit den rechtlichen Fallstricken bei solchen Klauseln befassen und das muss diskutiert werden. Dazu gibt es bereits Gutachten auch von Juristen, fundierte Gutachten, die da auch bestimmte Wege aufzeigen, aber das ist ein ganz, ganz schwieriges Thema und deshalb muss das jetzt öffentlich debattiert werden, nicht mit einem fertigen Vorschlag kommen, sondern mit den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern muss überhaupt so ein Ansatz debattiert werden, ob da ein Weg liegen könnte. Das ist sehr komplex und da warne ich vor einfachen Regelungen.

Küpper: Aber droht auch nicht da der Verdacht der Fördermittelvergabe nach politischer Weltanschauung?

Leutheusser-Schnarrenberger: Ja, natürlich ist Antisemitismus eine Haltung und nicht nur eine Meinung. Und es ist eine Haltung, die zutiefst unser Zusammenleben und die Würde der Menschen gefährdet, auch natürlich Rassismus, Extremismus. Aber gerade Antisemitismus bringt das ja besonders zum Ausdruck und da ist doch ein Bestreben, nach Wegen zu suchen, dass man nicht offenkundig antisemitische Aktivitäten fördert, ein richtiger. Aber das ist schwierig und nicht eine Äußerung, die man mal antisemitisch einordnen kann, führt auch dazu, dass derjenige, der sie macht, gleich immer Antisemit ist. Deshalb wirklich ein ganz, ganz schwieriges Thema. Das bedarf der demokratischen Debatte.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.